

Ost-Ausschuss Informationen 5/2021

43

Ausbau der Partnerschaft mit dem östlichen Europa und Zentralasien

Auf der Jahrespressekonferenz des Ost-Ausschusses präsentierte Oliver Hermes sechs Kernforderungen an die künftige Bundesregierung.

45

Ost-Ausschuss fordert weitere EU-Integration in Südost- europa

Mit zwei neuen Positionspapieren für Südosteuropa und die Länder des Westlichen Balkans richtet der Ost-Ausschuss den Fokus auf eine zu wenig beachtete Region.

46

Ost-Ausschuss begleitete Bundespräsident Steinmeier nach Moldau

Der Ost-Ausschuss-Vorsitzende sieht in dem Besuch eine Unterstützung für die europäische Ambitionen der neuen Regierung.

47

Ost-Ausschuss in Kürze

Ausbau der Partnerschaft mit dem östlichen Europa und Zentralasien

Auf der Jahrespressekonferenz des Ost-Ausschusses Ende August präsentierte der Vorsitzende Oliver Hermes sechs Kernforderungen an die künftige Bundesregierung. Er forderte die Konnektivität und Klimazusammenarbeit mit Osteuropa und Zentralasien zu stärken.

Im deutschen Handel mit Mittel- und Osteuropa geht es nach dem tiefen Einbruch zu Beginn der Corona-Krise im Frühjahr 2020 im hohen Tempo aufwärts. Der deutsche Außenhandel mit den 29 Staaten Mittel- und Osteuropas nahm in den ersten acht Monaten 2021 gegenüber dem Vorjahr um mehr als ein Fünftel zu und damit stärker als der gesamte deutsche Außenhandel. „Osteuropa meldet sich als Wirtschaftspartner Deutschlands eindrucksvoll zurück“, sagte Hermes auf der virtuellen Jahres-Pressekonferenz.

1. Förderung multilateraler Ansätze und verantwortungsvolle Koexistenz

Vor dem Hintergrund zunehmender globaler Abschottungstendenzen präsentierte der Ost-Ausschuss-Vorsitzende sechs Kernforderungen an die künftige Bundesregierung. „Unsere Leitforderung ist, dass die neue Bundesregierung im Sinne der verantwortungsvollen Koexistenz unterschiedlicher politischer Systeme dem Schreckgespenst des globalen Decoupling entgegenwirkt und multilaterale Ansätze fördert“, sagte Hermes: „Wir brauchen endlich einen geostrategischen Ansatz Deutschlands in der Außenwirtschaftspolitik.“ Dazu gehöre der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit den Ländern Mittel- und Osteuropas innerhalb und außerhalb der EU.

2. EU-Konnektivität mit Asien über Osteuropa und Zentralasien ausbauen

Der Ost-Ausschuss-Vorsitzende verwies auf die neue europäische Konnektivitätsstrategie, die insbesondere die wirtschaftliche Verbindung Europas mit Asien stärken soll. Zentralasien sei dabei das Bindeglied zwischen der EU, den östlichen EU-Anrainern und Asien. „Die künftige Bundesregierung sollte sich in Brüssel schnell für die konkrete Umsetzung und die Bereitstellung günstiger und fairer Finanzierungsangebote zum Ausbau der Infrastruktur in Zentralasien, aber auch im östlichen Europa insgesamt einsetzen“, sagte Hermes. „Ein solches Alternativangebot zur Belt & Road-Initiative ist schon lange überfällig.“ Auch in die Industriestrategie der EU solle die Region eng eingebunden werden. Mittel- und Osteuropa könne aufgrund seiner Offenheit für neue Technologien ein wichtiger Partner bei Zukunftsthemen wie der Elektromobilität oder der Digitalisierung sein.

3. Klimapartnerschaft mit Osteuropa und Zentralasien

Hermes forderte zudem eine Klimapartnerschaft mit Osteuropa und Zentralasien über die EU-Grenzen hinaus. Keinesfalls dürften dabei neue Mauern errichtet werden, etwa durch die Einführung eines CO₂-Grenzausgleich-Mechanismus der EU. Die neue Bundesregierung solle in enger Kooperation mit der deutschen Wirtschaft Transformationspartnerschaften mit Osteuropa initiieren. „Hilfreich wären auch gezielte Anreize für die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen in Osteuropa und Zentralasien“, sagte Hermes. „Man könnte zum Beispiel einen Teil des CBAM-Steueraufkommens gezielt an die betroffenen Länder zurückgeben, um dort Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren.“

Russland und die Ukraine haben in unserer unmittelbaren Nachbarschaft das größte Potenzial Partner für grüne Energie zu werden. „Erdgas und seine Infrastruktur bauen eine Brücke in die Welt CO₂-freier oder -neutraler Gase wie Wasserstoff“, sagte Hermes. „Nord Stream 2 darf auch von einer neuen Bundesregie-

„Die neue Koalition solle auch die Idee eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis Wladiwostok in Brüssel vorantreiben und um den Aspekt eines gemeinsamen Umweltraums erweitern. „Ein erster konkreter Schritt könnte ein Dialog mit der Eurasischen Wirtschaftsunion über gemeinsame Normen und Standards sein,“ sagte Hermes. „Wenn wir es nicht tun, werden andere weltweit die Standards setzen - gerade China wird hier zunehmend aktiv.“

4. Konkrete Schritte zu einem Gemeinsamen Wirtschaftsraum

Hermes forderte insbesondere eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland. „Die neue Bundesregierung sollte sich in Brüssel weiter für einen EU-Russland-Gipfel einsetzen“, sagte er. „Dies wäre ein wichtiges Signal, um auf höchster Ebene ins Gespräch zu kommen.“ Ohne Russland sei eine Lösung vieler europäischer und internationaler Probleme unrealistisch, egal ob es um Umwelt, Sicherheits- oder Wirtschaftsfragen geht. Hermes hob hervor, dass alle Parteien in ihren Wahlprogrammen eine enge Zusammenarbeit mit Russland beim Klimaschutz für dringend notwendig befinden und diese sogar fordern. „Auf solche Felder gemeinsamer Interessen sollten wir uns wieder stärker konzentrieren“, sagte er.

5. Zusammenarbeit mit Russland ausbauen

Hermes forderte insbesondere eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland. „Die neue Bundesregierung sollte sich in Brüssel weiter für einen EU-Russland-Gipfel einsetzen“, sagte er. „Dies wäre ein wichtiges Signal, um auf höchster Ebene ins Gespräch zu kommen.“ Ohne Russland sei eine Lösung vieler europäischer und internationaler Probleme unrealistisch, egal ob es um Umwelt, Sicherheits- oder Wirtschaftsfragen geht. Hermes hob hervor, dass alle Parteien in ihren Wahlprogrammen eine enge Zusammenarbeit mit Russland beim Klimaschutz für dringend notwendig befinden und diese sogar fordern. „Auf solche Felder gemeinsamer Interessen sollten wir uns wieder stärker konzentrieren“, sagte er.

6. Besondere Aufmerksamkeit für die Länder des Westlichen Balkans

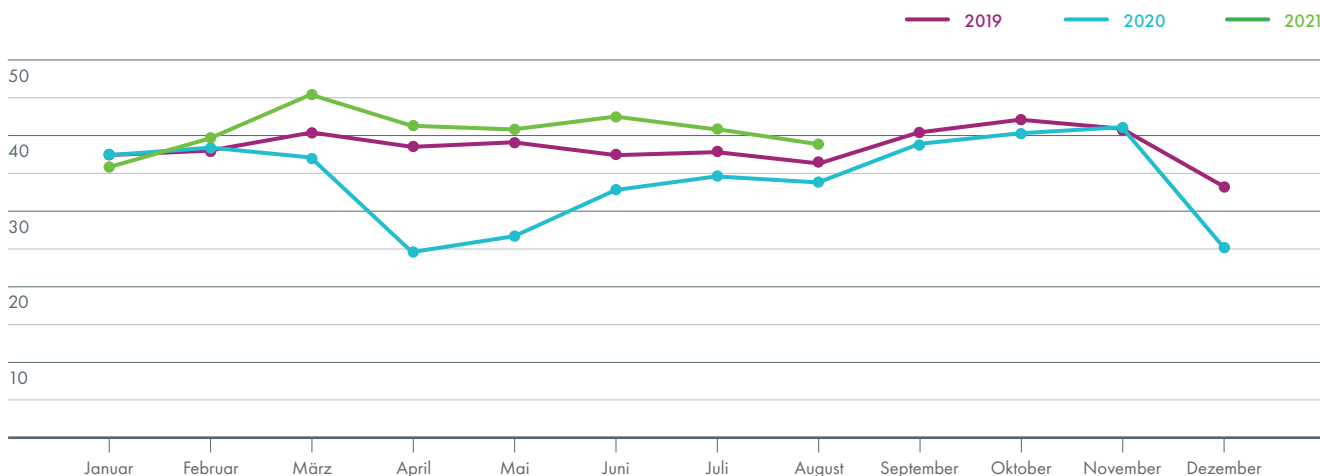
Besondere Aufmerksamkeit solle die zukünftige Bundesregierung den Ländern des Westlichen Balkans widmen, der eine zunehmend wichtige Region für die deutsche Wirtschaft sei. „Die neue Bundesregierung muss sich in Brüssel weiter entschlossen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien und perspektivisch weiteren Ländern einsetzen“, sagte der Ost-Ausschuss-Vorsitzende. „Regionale Kooperation und Integration sowie die EU-Beitrittsperspektive sind aus unserer Sicht ein Schlüssel für die wirtschaftliche Prosperität und Stabilität der Region - und damit für Europa insgesamt.“

Der Ost-Ausschuss-Vorsitzende bezog auch Stellung zu den anhaltenden Meinungsverschiedenheiten der EU über rechtsstaatliche Fragen mit Polen und Ungarn. „Gerade für ausländische Investoren sind Rechtssicherheit und Transparenz bei der Verwendung der EU-Mittel in den Mitgliedstaaten von großer Bedeutung“, sagte Hermes. „Angesichts der herausragenden Bedeutung dieser Länder für die deutsche Wirtschaft erwarten wir von der neuen Bundesregierung, dass sie in Brüssel, Warschau und Budapest aktiv vermittelt, um hier eine nachhaltige Lösung zu erreichen.“

Der Ost-Ausschuss hat zur Bundestagswahl ein Positionspapier mit seinen Kernforderungen an die künftige Bundesregierung vorgelegt, das Sie unter www.ost-ausschuss.de abrufen können.

Deutscher Handel mit Osteuropa

(Monatlicher Handelsumsatz, in Mrd. Euro)



Ost-Ausschuss fordert weitere EU-Integration in Südosteuropa

Mit zwei neuen Positionspapieren für Südosteuropa und die Länder des Westlichen Balkans richtet der Ost-Ausschuss den Fokus auf eine zu wenig beachtete Region. In Südosteuropa leben über 50 Millionen Menschen in insgesamt zehn Ländern.

„Die EU-Länder Slowenien, Bulgarien, Rumänien und Kroatien profitieren von der Mitgliedschaft und haben sich eindrucksvoll entwickelt“, betont der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes (WILO SE). „Deutsche Unternehmen haben in diesen vier Ländern fast 20 Milliarden Euro investiert und dabei über 400.000 Arbeitsplätze geschaffen. Gleichzeitig hat sich unser jährlicher Export dorthin in den vergangenen zehn Jahren auf 30 Milliarden Euro verdoppelt, was in Deutschland zehntausende Arbeitsplätze sichert.“

Angesichts dieser positiven Bilanz fordert der Ost-Ausschuss neuen Schwung im EU-Integrationsprozess mit den übrigen sechs Ländern der Region. „Es ist ein Trauerspiel, dass der 2020 beschlossene Beginn der Beitrittsgespräche mit Albanien und Nordmazedonien auf sich warten lässt, weil einzelne EU-Mitglieder diese blockieren“, sagt Hermes. „Damit droht die EU in der Region an Glaubwürdigkeit als verlässlicher Partner zu verlieren.“

Schlüsselfaktoren: Infrastruktur und Bildung

In den zwei neuen Positionspapieren beschreibt der Ost-Ausschuss die Voraussetzungen für eine beschleunigte wirtschaftliche Modernisierung und die Chancen für die deutsche Wirtschaft in Südosteuropa. „Das Potenzial der Region liegt in ihrer Vielfalt. Erneuerbare Energien, Softwareentwicklung und Digitalisierung, Metallverarbeitung, Tourismus, Agrar- und Ernährungswirtschaft – dies sind alles Branchen mit enormem Potenzial“, erläutert Hermes. „Schlüsselfaktoren für Wachstum sind eine moderne, grenzüberschreitende Infrastruktur, ein praxisnahes Bildungssystem, sowie transparente, schlanke Entscheidungsprozesse und Verwaltungsstrukturen.“ Darüber hinaus sei es entscheidend, dass die Länder ihre regionale Kooperation intensivierten und beispielsweise in den Aufbau von grenzüberschreitenden Industrieclustern investierten.

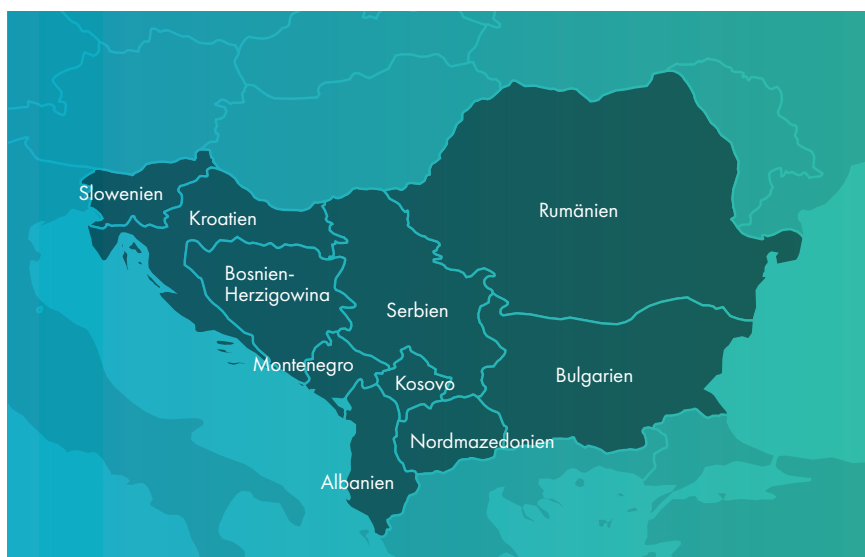
„Die Beteiligung der Länder des Westlichen Balkans an der Freihandelszone CEFTA war ein wichtiger Schritt, der die Attraktivität der Region gesteigert hat. Der nächste Schritt muss jetzt die beschleunigte Annäherung und weitere Integration in den EU-Binnenmarkt und seine Regeln und Standards sein“, betont Thomas Narbeshuber (BASF), Sprecher des Ost Ausschuss-Länderarbeitskreises Südosteuropa. Einen wichtigen Impuls könne dazu auch der Green Deal der EU geben.

Ost-Ausschuss setzt sich für regionale Zusammenarbeit ein

Der Ost-Ausschuss setzt sich gezielt für die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit in Südosteuropa ein. So engagiert sich der Verband im Rahmen der jährlichen Digital Summits für eine koordinierte, grenzüberschreitende Digitalisierung der Länder des Westlichen Balkans. Und mit Hilfe des Zoran Djindjic Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft erhielten seit 2003 bereits über 830 Studierende und Graduierte aus der ganzen Region die Chance für Betriebspraktika in deutschen Unternehmen.



Die beiden Positionspapiere zu Südosteuropa und den Ländern des Westlichen Balkans stehen unter www.ost-ausschuss.de als Download zur Verfügung.



Ost-Ausschuss begleitete Bundespräsident Steinmeier nach Moldau

Eine Ost-Ausschuss-Delegation nahm im September an einem deutsch-moldauischen Wirtschaftsforum mit den Präsidenten beider Länder teil. Der Ost-Ausschuss-Vorsitzende sieht in dem Besuch eine Unterstützung für die europäischen Ambitionen der neuen Regierung.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wurde Ende September bei seiner Reise in die Republik Moldau von Manfred Grundke, Mitglied des Ost-Ausschuss-Vorstandes, und Geschäftsführer Michael Harms begleitet. Beide waren Teil einer Wirtschaftsdelegation mit Staatssekretär Ulrich Nussbaum vom Bundeswirtschaftsministerium, die in der Hauptstadt Chisinau unter anderem an einem deutsch-moldauischen Unternehmengespräch teilnahm. Das Forum wurde von Staatspräsidentin Maria Sandu und Bundespräsident Steinmeier eröffnet. Sandu versprach dabei stabile, langfristig günstige Rahmenbedingungen. Dafür gibt es nach der Präsidentschafts- und Parlamentswahl ein „Window of Opportunity“. Moldau will massiv in Industrieansiedlungen, Infrastruktur und Digitalisierung investieren. Insbesondere im Bereich IT schafft Moldau günstige Rahmenbedingungen, zum Beispiel mit einer Flat Tax von nur sieben Prozent. Eine Herausforderung bleibt die Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte, aber auch hier sind deutsche Investoren Vorreiter bei dualer Ausbildung und Partnerschaften mit moldauischen Universitäten. „Mit seinem Besuch in Moldau unterstützt der Bundespräsident die europäischen Ambitionen der neuen Präsidentin und ihrer Regierung“, sagt der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes. „Bei den Handelsströmen sehen wir schon eine starke Anbindung an die Europäische Union, auch dank des Assoziierungsabkommens.“ Die moldauischen Exporte gingen inzwischen zu zwei Dritteln in die EU. „Die neue moldauische Regierung setzt große Hoffnungen auf die Zusammenarbeit mit der EU und speziell mit Deutschland“, betont Hermes. „Bei vielen Themen, wie der Digitalisierung, der Stabilisierung unserer Lieferketten, aber auch in der Agrarwirtschaft bieten sich Schnittmengen, bei denen unsere beiden Länder zum gegenseitigen Nutzen stärker zusammenarbeiten können.“

Aufstrebender IT-Sektor

Mit seinen rund 3,6 Millionen Einwohnern kann das Land vor allem mit seinem landwirtschaftlichen Potenzial und seinen Fachkräften punkten. In den vergangenen Jahren führte dies zur Ansiedlung ausländischer Unternehmen aus der Automobilzulieferindustrie. Auch Unternehmen aus dem Agrarsektor sowie der Grund- und Baustoffindustrie sind dort aktiv. Der aufstrebende IT-Sektor ergänzt die aussichtsreichen Wachstumsbranchen des Landes. „Das betrifft Qualität und Mengen, die man mittel- bis langfristig garantieren und liefern können muss“, sagt Hermes. Da habe es noch etwas an den Strukturen. „Auch wenn es um die stärkere industrielle Verzahnung geht, kann der Ost-Ausschuss zusammen mit Partnern Hilfestellung geben, etwa im Rahmen von Einkäuferinitiativen, wie wir sie erfolgreich auch für andere Märkte etabliert haben“, sagt der Ost-Ausschuss-Vorsitzende.

Christian Himmighoffen

Leiter Presse und Kommunikation

Bundespräsident Steinmeier eröffnete das deutsch-moldauischen Unternehmengespräch. / Foto: Ost-Ausschuss





Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Harms begrüßte die kosovarische Präsidentin Osmani-Sadriu zu einem Wirtschaftsgespräch. Foto: A. Metz

Herzlicher Empfang für die Präsidentin der Republik Kosovo

Anlässlich ihres Staatsbesuchs begrüßte Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms am 16. September in Berlin die kosovarische Präsidentin Vjosa Osmani-Sadriu zu einem Wirtschaftsgespräch, an dem neben Mitgliedsunternehmen auch Vertreter von DIHK und Bundeswirtschaftsministerium teilnahmen. Zu den Schwerpunkten des Gesprächs gehörten die Energietransformation des Landes und der europäische Green Deal, der Ausbau des Gesundheits- und Agrarsektors sowie Korruptionsbekämpfung. Sehr interessiert zeigte sich die Präsidentin am Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans und Kroatiens, das der Ost-Ausschuss implementiert und das auch Studierenden und Graduierten aus Kosovo die Möglichkeit für Praktika in deutschen Unternehmen eröffnet.

Deutsche Unternehmensdelegation reiste nach Kasachstan

„Back to normal“, hieß es für die Teilnehmer einer Unternehmensdelegation, die am 13. September zu politischen Gesprächen anlässlich der 32. Sitzung des Berliner Eurasischen Klubs (BEK) nach Nur-Sultan flogen. Die Unternehmensvertreter hatten dabei die Möglichkeit zu einem Austausch mit dem Premierminister Kasachstans Askar Mamin und weiteren Kabinettsmitgliedern. Anschließend fand die 32. Sitzung des BEK im hybriden Format statt. Eröffnet wurde das Meeting durch den stellvertretenden Premierminister und Außenminister Mukhtar Tlieuberdi sowie die neue Botschafterin Deutschlands in Kasachstan Monika Iwersen. Im Fokus der Sitzung stand die technologische Zusammenarbeit und ihre Bedeutung für die Wirtschaftskooperation beider Länder.

Online-Meeting mit Vize-Energieminister Demchenkov

Die „grüne“ Transformation des ukrainischen Energiesektors und Geschäftsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen standen am 8. Oktober im Mittelpunkt eines vom Ost-Ausschuss organisierten Online-Meetings mit dem ukrainischen Vize-Energieminister Yaroslav Demchenkov. Der Minister schilderte die aktuellen Pläne seines Landes zur Reform des Energiesektors und dessen möglichen Beitrag zur Dekarbonisierung in Europa. So habe die Ukraine bereits eine emissionsärmere Stromerzeugung und sei dabei, ihr Stromnetz mit dem europäischen Netz zu synchronisieren. Bis 2030 will Kiew aus der Kohle aussteigen und diese durch Erneuerbare Energien und teils dezentrale Atomkraftwerke ersetzen. Ein wichtiges Thema waren das Potenzial der Ukraine für Wind- und Solarenergie sowie für die Produktion von grünem Wasserstoff. Die anwesenden Unternehmensvertreter hatten Gelegenheit, ihre Fragen an den Vize-Minister zu stellen und aktuelle Projekte in der Ukraine vorzustellen. Moderiert wurde das Meeting von Regionaldirektor Stefan Kägebein.

Mitglieder-News

Im Beisein von Präsident Tokajev wurde im September im kasachischen Petropawlowsk ein Montagewerk des Landmaschinenherstellers **CLAAS** eingeweiht. Das Unternehmen produziert dort Mähdrescher und Großtraktoren.

Der deutsche Titan-Spezialist **Hermith** will in Russland für die Flugzeugindustrie produzieren und gründete dazu zusammen mit dem russischen Unternehmen TWEL ein Joint Venture. Die Produktion soll Rohre für hydraulische Systeme und Kabel aus Titan für große internationale Flugzeugbauer umfassen.

Vier mitteleuropäische Gasinfrastrukturunternehmen wollen gemeinsam eine Wasserstoffautobahn durch Mitteleuropa realisieren. Zu den beteiligten Unternehmen gehört **Open Grid Europe**. Im Mittelpunkt der gemeinsamen Initiative „Mittleuropäischer Wasserstoffkorridor“ steht die Realisierung einer „Autobahn“ für den Transport von Wasserstoff aus der Ukraine über die Slowakei und Tschechien zu großen Nachfragezentren in Deutschland und der EU.

DTEK und **Siemens Energy** haben eine Absichtserklärung über die Modernisierung und Umgestaltung des ukrainischen Energiesektors unterzeichnet. Die Unterzeichnung fand am Rande der Konferenz „Energy Sector in Ukraine“ statt, die der Ost-Ausschuss am 6. September veranstaltete.

Der deutsche Fleischkonzern **Tönnies** trennt sich von seiner Russland-Tochter, dem Schweinefleischproduzenten APK Don. Käufer ist das thailändische Unternehmen CP Foods.